

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

12.11.1925 (No. 263)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, Anzeigenverbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentraldruckregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Reichspräsident in Stuttgart

Der Reichspräsident v. Hindenburg ist heute, Donnerstag, Vormittag 9 Uhr, von Stuttgart nach Karlsruhe abgereist. Zur Verabschiedung hatten sich der württembergische Staatspräsident und die übrigen Minister, sowie die sonstigen Herren eingefunden, die auch beim Empfang zugegen waren. Dem Reichspräsidenten wurden bei der Abfahrt wiederum begeisterte Ovationen zuteil.

Wittwoch nachmittags besuchte der Reichspräsident in Stuttgart den Wehrkreisbefehlshaber Generalleutnant Gasse und nahm dort in Anwesenheit von höheren Reichswehroffizieren, sowie von Vertretern der Generalität des alten Heeres den Tee ein. Um 6 Uhr war dann im Neuen Schloß Abendessen im engeren Kreise. Hierzu nahmen außer dem Staatspräsidenten, den Ministern und dem Gefolge des Reichspräsidenten u. a. auch Kirchenpräsident G. Herz, Bischof Dr. von Koppeler, der bayerische und der sächsische Gesandte, die württembergischen Gesandten in Berlin und München, sowie die Präsidenten der hiesigen Reichsämter teil.

Abends war ein Zapfenstreich auf dem Schloßplatz. Viele Tausende hatten sich schon vor Beginn der Feier eingefunden. Um 7 Uhr 45 fuhren mit klingendem Spiel unter Vorantritt von Fackelträgern die Musikkapellen der Garnisonen von Stuttgart und Ludwigsburg vor das Schloß, wo sich auf dem Balkon der Reichspräsident mit seiner Begleitung neben dem Staatspräsidenten Bagille, sowie verschiedenen staatlichen und geistlichen Würdenträgern, von der Menge stürmisch begrüßt, zeigten. Beim Vorübergehen der Truppen sang die Menge entblöhten Hauptes das Deutschlandlied. Staatspräsident Bagille brachte auf dem Gast ein dreifaches Hoch aus, worauf der Reichspräsident in einer kurzen Ansprache ausfuhrte, er werde dem Reich nicht vergessen. Was not tue, sei die Einigkeit. Zum Schluß zur Einigkeit forderte er die Anwesenden zu einem dreifachen Hurra! auf das Vaterland aus. Unter nicht enden wollenden Hochrufen zog sich der Reichspräsident gegen 8 Uhr 45 Min. ins Schloß zurück. Den Schluß des Tages bildete eine Veranstaltung der württembergischen Regierung in den Sälen des neuen Schlosses, zu der Vertreter aller Berufsstände eingeladen worden waren. Zu Beginn des Abends begrüßte eine Gruppe von Mädchen in schwäbischer Tracht den Reichspräsidenten und überbrachte ihm einen Strauß Christantemen. Der Reichspräsident trat auf den Balkon und dankte der vor dem Schloßplatz heranziehenden begeisterten Menge. Dann ließ er sich noch im Laufe des Abends eine große Zahl der Gäste vorstellen und verweilte bis gegen 11 Uhr in anregender Unterhaltung.

Die Fahrt nach Karlsruhe

W. W. Forstheim, 12. Nov. Die Ankunft des Reichspräsidenten erfolgte mit dem Schnellzuge 10.30 Uhr pünktlich. Vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden; auf den abgeperrten Bahnsteigen befanden sich der Stadtrat und Vertreter der militärischen und anderer Vereine. Bei der Einfahrt spielte die Musik mit dem Präsentiermarsch ein, und das Publikum brach in Hochrufe aus. Der Aufenthalt des Reichspräsidenten war nur von kurzer Dauer. Der Reichspräsident, der sehr frisch ausah, verließ seinen Wagen nicht, verbeugte sich wiederholt aus dem Fenster und nahm zuerst die Meldung des Majors Essig über die Militärvereine entgegen, worauf der Herr Oberbürgermeister Güntbert den Reichspräsidenten im Namen der Stadt begrüßte. Das neunjährige Töchterchen des Oberbürgermeisters überreichte dem Reichspräsidenten einen Strauß von Rosenkissen mit einer Schleife in den Stadtfarben. Die Versammelten stimmten das Lied „O Deutschland hoch in Ehren!“ an. Darauf ließ sich der Reichspräsident eine große Anzahl der anwesenden Herren vorstellen, mit denen er einige Worte wechselte. Bei der Ausfahrt des Zuges stimmte die Feuerwehrlinien des Hofenriedberger Marsch an.

Deutschlands Reparationszahlungen im zweiten Annuitätenjahre. Aus dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im zweiten Annuitätenjahre, das bis zum 31. Oktober 1925 läuft, sich auf 164 690 331,48 Mark und daß die Zahlungen im gleichen Zeitraum sich auf 177 515 884,29 Mark belaufen.

Annahme des preussischen Finanzausgleichsgesetzes. Der preussische Landtag hat am Mittwoch bei der Abstimmung über die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz die Vorlagefassung in zweiter und dann auch in dritter Lesung bestätigt. Ein Antrag der Kommunisten betreffend den Hauszinssteueranteil der Gemeinden wurde verworfen. Die Vorlage im ganzen gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme.

Verpflichtende Erhöhung des steuerfreien Lohnsummens? Wie nach Zeitungsmeldungen verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, vom 1. Januar nächsten Jahres ab den steuerfreien Lohnbetrag von bisher M. 50.— auf M. 60.— und den Pauschalbetrag für Werbungskosten sowie für Sonderleistungen von je M. 15.— bisher, auf je M. 20.— zu erhöhen, so daß von jenem Zeitpunkte ab monatlich 100 M. (bisher 80 M.) steuerfrei bleiben würden.

Die Verhaftung der Geheimbündler in Dispenzen. Zu der Verhaftung von etwa 20 Geheimbündlern auf zwei Gütern im Regierungsbezirk Alsenstein meldet das „B. Z.“ aus Rönigsberg, daß die Führer ehemalige Rohbadleute seien. Die Arbeitsgemeinschaft, die die Verhafteten gebildet hätten, hätte sich „Frontkämpferbund Bataillon Schlageter“ genannt.

Reichspräsident v. Hindenburg in Karlsruhe

Die festlich geschmückte badische Landeshauptstadt empfängt heute den obersten Repräsentanten des deutschen Reichs, den Reichspräsidenten von Hindenburg. Von allen öffentlichen und den Privatgebäuden weht der bunte Schmuck der Fahnen, und besonders sind es die Einzugs- und Hauptstraßen, die trotz des trüben Herbstwitters — das leider gegen Mittag in Schnee- und Regenfall übergegangen ist — einen hochfestlichen Rahmen für diesen Tag bilden. Schon in den frühen Vormittagsstunden begann die Aufstellung der spalterbildenden Schulen und Vereine, darunter der Militärvereine und der Studentenschaft. Aus ganz Baden sind Besucher in der Landeshauptstadt eingetroffen, um den Reichspräsidenten zu begrüßen. Vor dem Staatsministerialgebäude hatten sich Fahnenabordnungen der studentischen Verbindungen und der vereinigten Karlsruher Männergesangsvereine aufgestellt. Eine große Menschenmenge wogte nach den Einzugsstraßen, um das in allen Schichten des Volkes aufrichtig verehrte Reichsoberhaupt in der Landeshauptstadt Badens willkommen zu heißen.

Die Ankunft des Reichspräsidenten

Nur nach 10 Uhr hatten sich die Militärvereine mit Fahnen am Bahnhof zur Spalterbildung aufgestellt, und schon um halb 11 Uhr war der weite Platz von Tausenden von Menschen angefüllt, die dem Reichspräsidenten ihre Huldigung darbringen wollten. Ein Flugzeug kreiste über dem Bahnhof, um in luftiger Höhe dem Gast die ersten Grüße des Landes darzubringen. Mittlerweile hatten sich in der Bahnhofshalle zur Begrüßung eingefunden: Staatspräsident Dr. Hellsbach, Minister des Innern Kemmle, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Oberbürgermeister Dr. Finter, der Präsident der Reichsbahnverwaltung, v. Ull, Ministerialrat Dr. Fress und Polizeidirektor Hauser.

Pünktlich um 11.07 Uhr fuhr der jahreplanmäßige Stuttgarter Schnellzug, dem der Salonwagen des Reichspräsidenten angehängt war, in die Bahnhofshalle ein. Als erster entstieg dem Salonwagen Reichspräsident v. Hindenburg, herzlich begrüßt von den Vertretern der Behörden. Nachdem ihm die anwesenden Herren vorgestellt waren, begab sich der Reichspräsident mit seinem Gefolge, dem Staatssekretär Dr. Meißner u. seinem persönlichen Adjutanten, v. Hindenburg, zu den auf dem Bahnhofplatz wartenden Autos. Als der Reichspräsident das Bahnhofgebäude verließ, brach die tausendköpfige Menge in jubelnde Hochrufe aus. Der Reichspräsident nahm die Huldigung entblöhten Hauptes entgegen.

In ruhiger Fahrt begab sich sodann v. Hindenburg durch die reichgeschmückten Straßen nach dem Staatsministerium in der Erbprinzenstraße, auf dem Wege von der dichtgedrängten Menge jubelnd begrüßt.

Empfang im Staatsministerium

Im Staatsministerium in der Erbprinzenstraße hatten sich im Empfangssaal des Staatspräsidenten die Minister und Staatsräte zur Begrüßung eingefunden. Daran schloß sich ein Empfang des Präsidiums des Landtags sowie die Fraktionsführer im 2. Stod des Staatsministeriums. Landtagspräsident Dr. Baumgartner begrüßte den Reichspräsidenten und dankte ihm für seinen Besuch in Karlsruhe. Der Reichspräsident antwortete mit Dankworten für die Begrüßung und erinnerte daran, daß er einst in Karlsruhe in Garnison gestanden habe.

Durch die Erbprinzenstraße und Karl Friedrichstraße trat der Reichspräsident mit Begleitung dann die Fahrt nach dem Marktplatz zum Rathaus an.

Empfang im Rathaus

Umjubelt von einer zahlreichen Menschenmenge — die Bitterung war inzwischen in mit Schneefall untermischten Regen übergegangen — traf der Reichspräsident punkt 12 Uhr vor dem Rathaus ein. In seiner Begleitung befanden sich Staatspräsident Dr. Hellsbach, Staatssekretär Dr. Meißner und Major von Hindenburg. Der Reichspräsident wurde am Portal vom Oberbürgermeister Dr. Finter, dem ältesten Stadtrat Eugen Gek und dem Stadtverordnetenobmann Rothweiler begrüßt; eine Schülerin der 5. Volksschulklasse sprach ein Gedicht, ein anderes Mädchen überreichte dem Reichsoberhaupt einen Blumenstrauß. Man begab sich sodann in den Bürgeraal, wo sich die städtischen Kollegien, sowie Abordnungen der städtischen Beamten- und Arbeiterschaft eingefunden hatten. Die reiche Ausmalung des Saales durch die Meisterhand Prof. Dr. Bühlers, die zwar noch nicht vollendet ist, aber gerade dadurch in dieser Stunde symbolisch daran erinnerte, daß auch

der deutsche Wiederaufbau trotz hoffnungsvoller Fortschritte noch nicht vollendet ist, gab den rechten Rahmen für den nun folgenden feierlichen Akt.

Oberbürgermeister Dr. Finter begrüßte den Reichspräsidenten mit folgenden Worten:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Die Landeshauptstadt Karlsruhe anbietet Ihnen durch mich herzlichsten Willkommengruß. Aufrichtige helle Freude erfüllt Stadtverwaltung und Bürgerschaft, daß es uns vergönnt ist, unseren Ehrenbürger in der höchsten Würde, die unsere deutsche Republik zu verleihen hat, als den Präsidenten des Deutschen Reiches in diesem Bürgeraal, der nach längerer Schließung, von Meisterhand, wenn auch noch unvollendet, geschmückt, zu dieser denkwürdigen Stunde zum ersten Male seine Pforten wieder geöffnet hat, begrüßen zu dürfen. Ich darf Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, bitten, den tief empfundenen Dank Karlsruhes für die hohe Ehre des Besuches unserer Stadt und unseres Rathauses entgegenzunehmen zu wollen. Ich verbinde damit die Versicherung, daß wir hier in Karlsruhe Ihrem hehren Beispiele des Hingebungsollen Dienstes am deutschen Volke in den bescheidenen Grenzen unseres Wirkens durch treue Arbeit und Pflichterfüllung nachzuzustreben versuchen werden. Unser heißer Wunsch, der Ihnen auf der Fahrt hierher aus tausend und abertausend Augen entgegengeleuchtet hat, ist, daß es Ihrem weisen Walten vergönnt sein möge, unserm lieben deutschen Vaterlande den äußeren Frieden der Freiheit und den inneren Frieden der Einigkeit zu geben!“

In freier Rede anwortete der Reichspräsident, dessen Frische und Mütigkeit allgemein auffiel, folgendes:

„Haben Sie vielen Dank für den freundlichen Willkommengruß. Ich fühle mich hier heimisch; denn ich habe hier drei Jahre in Garnison gestanden — es ist allerdings schon 22 Jahre her — und ich habe die Ehre, Ihr Ehrenbürger und Mitbürger zu sein. Ich freue mich darum doppelt, Karlsruhe wieder einmal betreten zu dürfen. Ihr Gelübde nehme ich dankbar an. Wir wollen Hand in Hand, jeder an seiner Stelle arbeiten, damit unser teures Vaterland wieder zu Ehren kommt. Wir müssen nur dafür sorgen, daß der Sinn der Einigkeit, der Treue und Selbstopferlichkeit erhalten bleibt. Darin sind wir eines Sinnes.“

Nachdem dem Reichspräsidenten eine Reihe der anwesenden Herren vorgestellt worden war, nahm er mit lebhaftem Interesse die neue künstlerische Ausgestaltung des Bürgeraales in Augenschein, wobei der Künstler, Prof. Bühler, die nötigen Erläuterungen gab. In dem festlich geschmückten Vestibül hatte sich inzwischen der Bach-Verein aufgestellt, der zwei Volkslieder (O Tälzer weit, o Höhen und Am Brunnen vor dem Tore) unter Leitung von Prof. Philipp zum Vortrag brachte.

Nachdem sich der Reichspräsident in das Goldene Buch der Stadt eingetragen hatte, brachte der Oberbürgermeister ein begeistert aufgenommenes Hoch auf ihn aus. Herr v. Hindenburg verließ kurz nach halb 1 Uhr wieder das Rathaus, um unter den freudigen Zurufen der spalterbildenden Menge zum Präsidialgebäude auf dem Schloßplatz zu fahren.

Frühstück im Präsidialgebäude

Hier fand um 1 Uhr ein Frühstück im kleinen Kreise statt, zu dem die Spitzen der Landesbehörden, der Reichsämter und der kirchlichen Behörden geladen waren.

Auf dem Schloßplatz hielt die dicht gedrängte Menge trotz des inzwischen einsetzenden leichten Schneetreibens aus und sang spontan das Deutschlandlied.

Im Laufe des Frühstückes nahm der badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellsbach zu folgender Ansprache das Wort:

„Es gereicht mir zur höchsten Ehre und zur größten Freude, die herzlichste Bewillkommung, welche Ihnen die badische Bevölkerung vor wenigen Stunden in den Straßen der Landeshauptstadt bereitet hat, zu einem nicht minder herzlichsten Dank und Gruß der badischen Staatsregierung an Sie verbichten zu dürfen.“

Als oberrheinische Grenzmark des Deutschen Reiches gedenkt das Land Baden mit besonderer Dankbarkeit der Tatsache, daß sein Boden vor dem Einbruch feindlicher Armeen während des Weltkrieges bewahrt geblieben ist. Ihr Name, Herr Reichspräsident, bleibt für alle Zeiten das selbstherrliche Symbol des Volkes in Waffen, das den heimatverhimmelnden Titanenkampf gegen eine Welt zu führen hatte und in Ehren geführt hat.

In hohen Jahren, Herr Reichspräsident, haben Sie damals, jede körperliche Bequemlichkeit von sich weisend, die Führung der deutschen Heere übernommen. Ein Jahrzehnt darnach sind Sie, über jede geistige Bequemlichkeit sich erhebend und nur dem Gebot der väterländischen Pflicht untertan, an die Spitze der Nation getreten, die sich nach uraltem wiedererstandenen germanischen Brauch und Recht durch eigene Wahl Sie zum Oberhaupt erlor.

Der unbeirrte Dienst am Reiche, der Ihnen vor allem andern am Herzen lag, findet im badischen Lande das freudigste Verständnis. Denn es ist auch unser Dienst: Seit jenen denkwürdigen Tagen von 1867, da die badische Regierung als erste zum Anschluß an den Norddeutschen Bund und damit zur Aufrichtung des Reiches drängte. Hierin hat sich durch die 6 Jahrzehnte hin nichts geändert. In diesem Lande, Herr Reichspräsident, stehen Sie auf einem Boden unbedingter Eingabe an das Ganze des Reiches. Das badische Volk würde keine Regierung an seiner Spitze dulden, die das große Vermächtnis dieser Reichstreu nicht bewahrt und mit tätigen Dienst an der Deutschen Nation noch vermehrt. Dieses Land hat sein Eigenleben, das Sie, Herr Reichspräsident, aus den Jahren Ihrer militärberuflichen Wirksamkeit in den Mauern der badischen Landeshauptstadt als ungebrochen ertüchtigt kennen; aber dieses Land ist sich auch bewußt und wird sich bewußt bleiben, daß sein Eigenleben den höchsten Wert erst empfängt, indem es nichts als ein Glied im großen Eigenleben des deutschen Volkstums ist.

Das badische Land wünscht von ganzem Herzen, daß Ihr Name, Herr Reichspräsident, mit einer Epoche des deutschen Wiederaufstiegs verknüpft sein möge. Wir wissen, daß auch Sie diesen Wiederaufstieg nicht suchen wollen in lauten Worten, denen Sie stets abhold gewesen sind; daß Sie ihn nicht suchen können in stolzen Taten, die unserem Volke auf lange Zeit hin verjagt sind; daß Sie ihn mit uns suchen in stillen, hartem, pflichttreuen, unentmutigtem Wirken, auf dessen Grunde allein Deutschland wieder zur Geltung, Größe und Blüte gelangen kann. Indem Sie, Herr Reichspräsident, uns eine Bürgschaft für diesen Weg ins Freie bedeuten, den das deutsche Volk finden muß und finden wird, mache ich mich und alle, die wir hier versammelt sind, zum Dolmetsch des Vertrauens in über Verachtung unseres badischen Volkes und Landes, wenn ich die Badische Staatsregierung und ihre Gäste an dieser Tafel bitte, sich mit mir in dem Rufe zu vereinigen: Das vom Volke erwählte Oberhaupt des Deutschen Reiches Deutscher Nation, der Herr Reichspräsident von Hindenburg lebe hoch!

Der Reichspräsident antwortete mit folgenden Ausführungen:

„Ich danke Ihnen, Herr Staatspräsident, für die mir gewidmeten Begrüßungsworte. Oft und dankbar erinnere ich mich der Jahre, die ich als Divisionskommandeur in Karlsruhe verleben durfte, und die mich mit dieser schönen Stadt und mit dem herrlichen Badener Lande eng zusammengeführt haben. Als Ehrenbürger mit der Stadt Karlsruhe und ihrem Geschick eng verbunden, habe ich mit aufrichtiger Teilnahme die besonderen Nöte und Schwierigkeiten verfolgt, die in dem letzten Jahre auf Baden lasteten. Zum Grenzgebiet geworden, von alten Wirtschaftswegen und wirtschaftlichen Beziehungen abgeschnitten, in wichtigen Punkten lange Zeit von fremden Truppen besetzt, hat Ihre früher so blühende Heimat hart gelitten und Jahre bitterer Not durchlebt. Aber ich kann auch mit Genugtuung feststellen, daß das Land diese Notzeit in unverzagter Arbeit und sicherem Vertrauen auf die Zukunft im wesentlichen überwunden hat und sich in einer — wie ich hoffe, aufsteigenden Entwicklung befindet. Mögen die nächsten Jahre dem Lande eine Zeit der Gesundung und weiteren Gedeihens bringen, in der wir bisher in der Not — alle Bewohner des Landes sich freudig bekennen als treue Söhne und Hüter des Reiches, unseres gemeinsamen geliebten Vaterlandes. Mit diesem Wunsche rufe ich:

Das Badenerland es lebe hoch!

In das Frühstück schießt sich heute nachmittag ein Tee im Staatsministerium.

Kurze Nachrichten

Lohnerhöhung im Verkehrsgewerbe Berlins. Vor dem Berliner Schlichtungsausschuß fanden am Montag die Verhandlungen über die Lohnforderungen des Hochbahn- und Omnibuspersonals statt. Der Schlichter sprach für die Hochbahn nicht in allen Gruppen eine Stundenloohnerhöhung von 3 Pfg. vor, ebenso für das Omnibuspersonal mit der Abweichung, daß Chauffeure und Handwerker 5 Pfg. Lohnerhöhung erhalten. Die Erklärungsfrist läuft bis Donnerstag, den 19. ds. Mts.

Kabinettskrise in Holland. In der holländischen Zweiten Kammer wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Beibehaltung der niederländischen Gesandtschaft beim Vatikan ausspricht. Daraufhin haben der Arbeitsminister, der Kriegsminister, der Kolonialminister und der Minister für die öffentlichen Arbeiten und Wasserbauten ihre Demission eingereicht.

Änderung des Erbschaftsrechts in Sowjetrußland. Das Präsidium des allrussischen Zentralerekutivkomitees verfügte eine Abänderung verschiedener Bestimmungen des Zivilgesetzbuches der R.S.F.S.R., durch die ein Teil der bisherigen Beschränkungen des Erbschaftsrechtes aufgehoben werden. Unter diese Abänderung fällt insbesondere die Aufhebung eines Artikels, der die Höhe des zulässigen Erbschaftsbetrages auf 10 000 beschränkt. Nach der neuen Fassung des Gesetzes fällt die Erbschaft nur dann an den Staat, wenn ein Testament nicht vorliegt oder gesetzliche Erben nicht vorhanden sind.

Erste Lage auf dem Balkan. „Petit Journal“ sind in London Berichte eingetroffen, die erste Ereignisse auf dem Balkan voraussagen. Kommunisten und Agrier konzentrieren sich umweit von Sofia und an der serbischen Grenze. Man befürchtet einen neuen Angriff gegen die bulgarische Monarchie. Andererseits sei Südbulgarien beunruhigt, und die Behörden hätten die Garnisonen an der Grenze verstärkt.

Die Rückwirkungen des Locarno-Vertrags

Die deutsche Antwort in Paris überreicht

Der deutsche Botschafter in Paris von Soest überreichte am Mittwoch dem französischen Außenminister Briand die deutsche Antwort auf die letzte Note der Botschafterkonferenz in der Entwaffnungsfrage. Die Botschafterkonferenz wird am kommenden Montag zusammentreten, um sie zu prüfen. Die deutsche Antwort auf die letzte Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz ist, wie das „A. T.“ schreibt, das formulierte Ergebnis der in den letzten Wochen gepflogenen Verhandlungen mit der französischen und der englischen Regierung. Auch in der Frage der Stellung des Generals v. Seeckt ist man zu einer Einigung gekommen, die, wie das Blatt erklärt, den Wünschen der Gegenseite Rechnung trägt, ohne daß das Prestige des Generals v. Seeckt in der Reichswehr angetastet wird. In der Frage der staatlichen Polizei hat man deutscherseits die Erfüllung der gegnerischen Wünsche soweit zugestanden, als dadurch nicht die Schlagkraft der Polizei vermindert würde. Die Kasernierung der Polizei in den Großstädten muß unbedingt aufrecht erhalten werden und kann höchstens auf bestimmte Jahrgänge reduziert werden. Wenn auch über einzelne Fragen die mündlichen Erörterungen noch fortgeführt werden sollen, darf doch, so schließt das Blatt seine Ausführungen, generell die deutsche Antwort als Abschluß des Streitens um die Entwaffnung Deutschlands angesehen werden.

Wie mehrere Blätter melden, wird der Notenwechsel über die Entwaffnungsfrage voraussichtlich in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Paris, 12. Nov. (Tel.) Die gestern vom Botschafter v. Soest überreichte Note in der Entwaffnungsfrage soll, wie der „Petit Parisien“ wissen will, gestern nachmittag durch Generalsekretär Philippe Berthelot dem Auswärtigen Amt und dem Generalsekretär der Botschafterkonferenz eingehend geprüft und im Laufe des Nachmittags eingeln den in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächten überreicht worden sein. Das Blatt will wissen, daß die in der Note enthaltenen Vorschläge über die Befugnisse des Generals v. Seeckt und die Effektivebestände der Schutzpolizei noch einige Einwände hervorgerufen würden. Auf alle Fälle sei aber anerkannt, daß die deutsche Antwort das ernste Bestreben zeige, die letzten Hindernisse in der Entwaffnungsfrage zu beseitigen.

Nach dem „Avenir“ berichtet man, daß die Antwort es nunmehr gestatte, schon am 1. Dezember die ersten Räumungsmaßnahmen in der Kölner Zone vorzunehmen.

Bevorstehende amtliche Veröffentlichungen

Für die nächsten Tage ist eine amtliche Veröffentlichung über die von der Entente beschlossenen Erleichterungen des Besatzungsregimes angekündigt. Wie weiter erfährt, sind gewisse Erleichterungen der Besetzung des Rheinlandes vereinbart worden. Die baldige Bekanntgabe über diese Gegenstände werden in Berlin oder Paris erwartet. Was die deutsche Abrüstung betrifft, so könne erwartet werden, daß Deutschland informiert werden wird, daß bezüglich seiner Zusicherungen über die noch zu erledigenden Fragen Befriedigung herrscht. Es wird die Auffassung ausgesprochen, daß, wenn alles gut geht, der Beginn der Räumung Kölns im Laufe des Monats Dezember erwartet werden kann.

Die dem Außenminister nahestehende „Tägliche Rundschau“ bemerkt: Wenn mit der Veröffentlichung noch ein paar Tage gewartet wird, so deshalb, weil man die Beschlüsse über die Rückwirkungen gleichzeitig mit der endgültigen Entscheidung über die Räumung der ersten Rheinlandzone bekannt geben will. Hinsichtlich der Entwaffnung erklärt das Blatt, daß die diplomatische Behandlung dieser Frage jetzt in einem Tempo erfolgt, das auf einen ziemlich reibungslosen Ausgleich der noch vorhandenen Streitpunkte schließen lasse. Die Entscheidung unterliege jetzt nicht mehr der Militärkontrollkommission, sondern werde von der Botschafterkonferenz nach politischen Gesichtspunkten und zwar, wie man mit Sicherheit erwarten könne, in der nächsten Sitzung getroffen werden. Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung werde der Termin für den Anfang der Räumung der Kölner Zone festgesetzt werden. Der Beschluß der Botschafterkonferenz werde der deutschen Regierung durch eine Note überreicht werden. Unabhängig davon, aber gleichzeitig damit und zwar spätestens am Montag, vielleicht aber schon einen Tag früher, werde dann auch die Bekanntgabe der Rückwirkungen auf dem Wege einer diplomatischen Note an die Reichsregierung erfolgen. Es sei anzunehmen, daß das Reichskabinett dann unmittelbar dazu Stellung nehmen wird.

Eine Stodung?

London, 12. Nov. Die diplomatische Berichterstattung der Westminster Gazette schreibt: In den Verhandlungen über das Rheinlandregime scheint eine Stodung eingetreten zu sein. Die deutsche Regierung wünscht, der Öffentlichkeit einen endgültigen Beweis geben zu können, daß die Versicherungen in bezug auf eine Wiltberung des Rheinlandregimes ernstlich gemeint sind. Sie wünscht, entweder auf tatsächlich unternommene Schritte hinweisen oder eine schriftliche Erklärung der Alliierten mit der Auflage, daß die Wiltberungen in einem gewissen Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden, vorlegen zu können. Für den Augenblick ist also die Erklärung, die Stresemann abgegeben beabsichtigt, verzögert und die deutsche Regierung einer mächtigen Waffe zur Bekämpfung der nationalen Opposition gegen den Pakt von Locarno beraubt. In alliierten Kreisen herrscht nun anscheinend die Ansicht, daß der Pakt unterzeichnet werden muß, bevor die Zusicherungen wirksam werden. Aber zweifellos wird ein Kompromiß vereinbart werden, das die Stellung der deutschen Regierung erleichtert wird. Insbesondere kann eine Mitteilung, daß Köln geräumt wird, in wenigen Tagen erwartet werden.

Zur Verlegung der englischen Besatzung

Wiesbaden, 12. Nov. Die englische Militärkommission, die etwa acht Tage hier weilte, um die Vorbereitungen zur Übersiedlung der Engländer in die Wege zu leiten, ist jetzt wieder in Köln eingetroffen, um dem englischen Oberkommandierenden Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Die Kommission hat bisher erst 200 Wohnungen mit Beschlag belegt. Die jetzt renoviert werden. Im Ganzen benötigen die Engländer 1300 Wohnungen, jedoch noch 1100 zu beschaffen sind. Es steht noch nicht fest, ob die vier bisher in Köln stationierten englischen Kanonenboote nach Biebrich bzw. Schierstein verlegt werden, da diese Fahrzeuge einen beträchtlichen Tiefgang haben und der Rhein hier nur mit flacheren Fahrzeugen befahren werden kann.

Verschiedenes

Schnee- und Hagel in Bayern

München, 12. Nov. (Tel.) Der merkwürdige Temperaturrückgang der letzten Tage hat über das bayerische Oberland und über München eine Schneedecke gelegt.

Der Reichskanzler über Locarno

Reichskanzler Dr. Luther hielt Mittwoch abend in Berlin im Verein Deutscher Kaufleute und Industrieller eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Ich erwarte, daß Sie in wenigen Tagen schon klarer sehen werden über die sogenannten Rückwirkungen oder richtiger über den Teil der Rückwirkungen, der alsbald eintreten soll. Ich kann nur wiederholen, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Vertragswerk von Locarno erst angesichts des gesamten Zeitbestandes möglich ist. Erst dann wird man auch die innerpolitischen Entscheidungen fassen können, die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung erforderlich geworden sind.

Ich verzichte darauf, den ganzen Werdegang der jetzt beanstandeten außenpolitischen Fragestellung noch einmal zu wiederholen. Es ist für eine praktische Entscheidung auch völlig müßig zu untersuchen ob ein anderer dieser oder jenen Schritt anders gemacht hätte. Gerade im Kreise von wirtschaftlichen Führern erhoffe ich Verständnis für diese nüchternen Erwägungen auf die Tatsachen, wie sie sind. Nachdem in London vom Dawesplan ausgehend eine Regelung gefunden war, die den Ausgangspunkt für eine wirtschaftlich neue Entwicklung bildet, mußte auch in politischer Beziehung die Grundlage für den Wiederaufbau geschaffen werden. Daß Deutschland hierzu von sich aus die Anregung gegeben hat, und daß die anderen Staaten ihr gefolgt sind, ist für mich ein Zeichen der erstarkenden politischen Kraft unserer Vaterlandes. Ohne ein gewisses Kraftgefühl kann man überhaupt zu dem Vertragswerk von Locarno die richtige Stellung nicht finden. Ich heiße es daher auch für abwegig, alles, was sich jetzt entwickeln soll, ausschließlich unter dem Vorzeichen unserer wirtschaftlichen Notlage zu sehen. Gewiß haben wir alle Veranlassung auch hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Lage den großen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, mit ruhigem Ernst ins Auge zu fassen.

Aber solche Gedankengänge darf das eigentliche politische Vertragswerk von Locarno aber nicht übersehen werden. Die Politik ist nicht nur Ursache und Folge der wirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern führt ein Eigenleben. Nun ist es ganz unzweifelhaft, daß wir auch nach der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno von dem Ziel noch weit entfernt sind, daß das deutsche Volk dem ihm nach seinen Leistungen und Fähigkeiten gebührenden Platz in der Gemeinschaft der Völker wieder einnimmt. Wenn im Ausland vielfach gesagt worden ist, es könne zwischen den sogenannten Rückwirkungen und dem Vertrage von Locarno kein Zusammenhang gemacht werden, so ist darauf zu erwidern, daß auch das deutsche Volk eine solche Verbindung auf das nachdrücklichste ablehnt. Gleichwohl kann das deutsche Volk zu einer Zustimmung des Vertragswerkes von Locarno nur gebracht werden, wenn es die Auswirkungen in unmittelbarer Anschauung am Rheinland erlebt. Andernfalls wird der tiefe Argwohn nicht überwunden werden können, der seine Wurzeln aus den Erfahrungen mit dem Vertrag von Versailles und der Auslegung dieses Vertrages durch einige der Siegerstaaten des Weltkrieges gezogen hat. Vor Ihnen kann ich heute nur drei Zeitgebanken aussprechen: 1. Der Vertrag von Locarno stellt keinerlei Option zwischen dem Westen und dem Osten dar. Eine solche Option wäre in Deutschlands Lage nicht nur ein Verbrechen, sondern, schlimmer als das eine Dummheit. Es ist keine Option gegen den Osten, wenn wir für die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes im Westen sorgen, wohl aber und das ist der zweite Zeitgedanke enthält der Vertrag von Locarno eine Option des deutschen Volkes für den Frieden. Dabei verleihe ich unter Frieden nicht nur den Verzicht auf den Krieg, sondern auch den festen Entschluß, die deutsche Kultur und die deutsche Volkskraft auf dem Wege des Friedens mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Weiter bedeutet es den festen Entschluß, mit aller Kraft für die allseitige Abrüstung einzutreten, die im Einklang mit dem Versailler Vertrag als unerlässliche Ergänzung der deutschen Abrüstung anzusehen ist. Der dritte Zeitgedanke ist der, daß der Vertrag von Locarno eine Option zugunsten positiven Handelns in den großen internationalen Fragen darstellt. Das deutsche Volk fühlt sich innerlich geteilt u. stark genug, um das volle Schwergewicht seiner geistigen Arbeitskraft für die zukünftige Gestaltung der Welt einzusetzen und sich selbst den ihm gebührenden Platz zu sichern.

Worauf es ankommt, ist die Frage, ob diese Zeitgedanken in dem Vertragswerk von Locarno Körper gewinnen. Hierzu noch einige Worte: Indem unsere Westgrenzen besichert werden, schützen wir unsere offene Westfront vor militärischem Überfall. England und Italien müssen demjenigen Land, das entgegen dem Verbot solcher Gewaltakte angegriffen wird, mit ihren Machtmitteln zu Hilfe kommen. Auch der mächtigste Einzel wird sich künftig nicht leichtfertig über feierliche Vertragspflichten hinwegsetzen. Was den Osten betrifft, so entspricht es dem Grundfah unserer Politik, daß für uns im Osten eine gleichartige, auf die Grenzen abgestellte Regelung nicht möglich war. Aber auch für den Osten ist eine wertvolle Grundlage für eine gemeinschaftliche Gestaltung der Verhältnisse geschaffen. Wird somit die Gesamtlage Deutschlands gesichert und gebessert, so wird damit zugleich eine festere Grundlage für Deutschlands Beteiligung im Völkerverbund geschaffen. Es ist die Frage erhoben worden, ob die Zeit für einen solchen Anschluß geeignet sei. Daß die Zeit dafür gekommen ist, spricht auch der Umstand, daß die Außenminister Frankreichs, Englands und Belgiens in Locarno und seitdem sich für diese gemeinschaftliche Arbeit ausgesprochen und dabei die Zustimmung ihrer Länder gefunden haben. Wie ich auf das Bestimmteste nach wie vor erhoffe, wird das deutsche Volk einen weiteren Beweis durch die Maßnahmen erhalten, die alsbald auf dem Gebiete der Rückwirkungen erfolgen sollen.

Tarifbegünstigung Polens durch Österreich

Namens der Landbuntpartei hat im österreichischen Nationalrat Abgeordneter Dr. Schoenbranner eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der auf die erregte Stimmung reichsdeutscher Kreise über die einseitige Tarifbegünstigung Polens durch Österreich verwiesen wird. In einer Zeit, in der das Deutsche Reich in einen Wirtschaftskrieg mit Polen verwickelt sei, wäre man ihm durch besondere Tarifermäßigungen für polnische Kohle in den Rücken gefallen. Das Vorgehen sei doppelt unerlässlich, weil Österreich von Polen für die Begünstigung keine Gegenleistung eingetauscht hätte. In Wirtschaftlichkeit befrage sich der österreichische Handel mit vollem Recht, daß von seinen Polens die größten Schwierigkeiten gemacht würden. Die Regierung wird erjudt, die Tarifmaßnahmen gegenüber Polen zu revidieren.

Im Münchener „Dolchstoßprozess“

wurde am Mittwoch Volksführer Ludwig von Rudolff im Nürnberg, Ritter des militärischen Max-Josefs-Ordens vernommen, der sich der beklagten Partei als Zeuge zur Verfügung gestellt hat und der 27 Monate als Leutnant und Kompanieführer an der Front war. Der Zeuge erklärte, daß es notwendig sei, daß nicht nur Führer, sondern auch Geführte zu Worte kämen. Nach dem Erklärten des Bewegungskrieges habe der Schützenbrigadier die schwersten Anforderungen an die Truppen gestellt. Der Hinweis des Sachverständigen Jochim, daß die Soldaten anderer Länder gemüßigamer

gewesen sein als die Deutschen, hätte bei ihm und vielen anderen Frontkämpfern einen Schrei der Entrüstung ausgelöst. Diese Auffassung beweist aufs deutlichste, wie abnorm die Herren, die dem Stabe angehörten, den wirklichen Tatsachen gegenüberstanden. Vom Jahre 1917 ab habe sich Misstrauen und Unlust in das Heer eingeschlichen. Daran treffe aber keine Partei die Schuld. Der Rückzug des Heeres in Belgien habe alle mit größter Besorgnis erfüllt. Der Rücktritt Ludendorffs sei das vollkommene Eingeständnis der Niederlage gewesen. Er hätte seine Sache vollkommen zu Ende führen müssen. Der Zeuge schilderte dann den Abtransport seines Feldregiments in die Heimat und erklärte, es gebe wohl keinen Feldzugsteilnehmer, der den 11. November nicht als Erlösungstag empfunden habe. Auch die Offiziere seien vollständig von dem Gedanken besesselt gewesen: Heimat und Frieden. Die Frage, welchen Einfluss die Revolutionshandlungen auf die Wehrkraft gehabt hätten, müsse er mit den Worten „gar keinen“ beantworten. Sie hätten nur die militärische Mangordnung und das Gehorsamsverhältnis beeinflusst. An eine Wiederaufnahme des Kampfes nach der Abreise Erzbergers von den Waffenstillstandsverhandlungen sei nicht zu denken gewesen. Das Gefühl des Dolchstoßes habe er niemals gehabt.

Badischer Teil

Die berufliche Gliederung der unterstützten Erwerbslosen nach dem Stande vom 1. Oktober 1925

Der innere Aufbau der Erwerbslosigkeit in Baden hat sich seit dem Vormonat August nicht wesentlich verändert. Während in einigen Berufsgruppen eine Zunahme zu beobachten ist, ist im gleichen Zeitraum in anderen Gruppen eine Abnahme eingetreten. Einem saisonmäßigen Ansteigen der Zahl der Erwerbslosen im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe und Gastwirtsberufe steht ein Rückgang der unterstützten Erwerbslosen in der Landwirtschaft, in der Industrie der Steine und Erden, im Verkehrsgewerbe und der Gruppe der Gelegenheitsarbeiter gegenüber. Die Zunahme der Zahl der Unterstützungsempfänger trifft in erster Linie die Männer, während die Zahl der Frauen erheblich abgenommen hat. Die Veränderung ist meist saisonmäßiger Natur.

Aus dem Gesamtbild seien im folgenden einige besonders wichtige Daten herausgegriffen:

Die Metallindustrie weist wiederum eine ganz beträchtliche Zunahme von Unterstützungsempfängern auf (plus 878). Die Zunahme tritt namentlich in den Bezirken Mannheim und Karlsruhe stark in Erscheinung. Daneben tritt immer noch Pforzheim besonders hervor. Mit insgesamt 1675 Unterstützungsempfängern stellt die Metallindustrie 19 Prozent der gesamten unterstützten Erwerbslosen Badens.

Eine geringe Zunahme der Unterstützungsempfänger (plus 20) zeigt die Spinnstoffindustrie. Gleich gering ist die Veränderung in der Holz- und Schnitzstoffindustrie.

Eine unerwartete Entwicklung nimmt die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Entgegen den Prognosen der Vormonats ist hier ein Rückgang der Unterstützungsempfänger (- 526) eingetreten. Diese Abnahme ist mit dem Einsetzen des Weihnachtsgeschäftes in der Tabakindustrie zu erklären. Der Anteil dieser Berufsgruppe an der Gesamtunterstützungszahl ist damit um 5 Prozent (auf 1265) zurückgegangen.

Die zu Ende gehende Saison im Gastwirtsberufe brachte eine kleine Zunahme der Unterstützungsempfänger (plus 86). Der Rückgang der Unterstützungszahl im Verkehrsgewerbe hat weiterhin angehalten.

Ganz uneinheitlich ist die Entwicklung in der Berufsgruppe der Lohnarbeit wechselnder Art. Die Gesamtzahl weist einen erheblichen Rückgang der Unterstützungsempfänger auf. Gegen 3241 am 1. September wurden am 1. Oktober noch 2841 (- 401) unterstützt. Dabei zeigen Freiburg und Heidelberg eine kleine Zunahme.

Unverändert hoch blieb der Anteil der Angestelltenberufe. Insgesamt wurden am 1. Oktober in Baden 1214 unterstützte Angestellte gezählt (18,7 Prozent). Mit diesem Anteil stehen die Angestelltenberufe an 4. Stelle. In Mannheim beträgt ihre Zahl (571) mehr als drei Viertel der unterstützten erwerbslosen Metallarbeiter.

Weinhandel und Wingerossenschaft

Der Badische Wingerverband teilt mit: In einer dieser Tage stattgehabten vom Badischen Wingerverband Freiburg einberufenen Sitzung von Vertretern des Weinbaus und des Weinhandels wurde Stellung genommen zur Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen Weinhandel und Wingerossenschaft, die bekanntlich in einzelnen Fällen getrübt sind. Der Weinhandel meidet einerseits Käufe bei solchen Wingerossenschaften, die Private beliefern, während diese Genossenschaften geltend machen, zu dieser Maßnahme gezwungen zu sein, weil der Handel ihre Produkte nicht aufnehmen habe. Als Ergebnis der gründlichen gegenseitigen Aussprache wurde folgende Entschiedenheit gefaßt:

„Der badische Weinhandel, soweit er in der Vereinigung badischer Weinhändler zu Freiburg im Breisgau zusammengeschlossen ist, erklärt, gegenüber den badischen Wingerossenschaften unbereinigtes und zu regen gegenseitigen Geschäftsbeziehungen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen bereit zu sein, falls die einzelnen Wingerossenschaften den Weinabfuhr im Kleinen nicht betreiben, und auch sonst alles unterlassen, was geeignet ist, die Belange des Weinhandels zu schädigen. Weiterhin wollen sich Weinbau und Weinhandel in dem Bestreben vereinigen, den Weinabfuhr zu fördern.“

Der Verhandlungsleiter hob in seinen Schlussbemerkungen hervor, mit diesem Verhandlungsergebnis sei zunächst nicht mehr erreicht, als eine papierne Resolution, es sei aber zu wünschen, daß der Handel nunmehr nach Möglichkeit die Vorteile der Wingerossenschaften aufnehme, damit Kämpfe, wie sie sich am Rhein und an der Mosel zwischen den beiden Interessentengruppen abspielen, in Baden vermieden werden.

D. J. Meersburg, 11. Nov. 25. Wie die deutsche Bodenseeregierung aus Meersburg berichtet, finden für die geplante Bodenseeregulierung zur Zeit am Badischen Seeufer zwischen Meersburg und Sigmaringen staatl. Höhenmessungen statt.

Landesversammlung des Vereins Badischer Fortbildungsschullehrer

Am Samstag tagte in Karlsruhe der Verein Badischer Fortbildungsschullehrer, der ein Zweigverein des Deutschen Vereins für Berufsschulwesen ist. Als Vertreter des Unterrichtsministeriums nahm Oberregierungsrat Walter an der Sitzung teil. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichts wurde einstimmig der Eintritt in die Amtspflichtversicherung beschlossen. Auf Grund eines weiteren einstimmigen Beschlusses soll der Mitgliedsbeitrag künftig bei der Beamtenbank abgebucht werden. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl sämtlicher Vereinsbeamten, außerdem die Wahl von vier Beiräten. u. zw. Karrersingen für das Oberland, Schöffner-Zell-Weierbach für das Mittelland, Scheuring-Buchen für das Bau- und Fräulein Kramm-Heidelberg als Vertreterin der Lehrerinnen. Nach einem Vortrag von Schöffner-Zell-Weierbach über „Die Fortbildungsschule eine Berufsschule“ wurde in einer lebhaften Diskussion einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Fortbildungsschule das Ziel habe, gerade der Jugend der es nicht vergönnt ist, eine Fachschule zu besuchen, eine Ausbildung für ihren Lebensberuf zu geben. Die Vorbereitung der Fortbildungsschullehrer soll in Zukunft in gleicher Weise wie die der Handels- und Gewerbelehrer geregelt werden. Der Name Fortbildungsschule soll in „Berufsschule“ umgewandelt werden. Im nächsten Frühjahr soll ein Kurs für Weinbau in Freiburg und ein solcher für Lehrer von Lohnarbeitern stattfinden.

Tagung der Steuerheber Badens

Eine am Sonntag in Karlsruhe abgehaltene Tagung des Landesverbandes Badischer Steuerheber beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Aufhebung der Steuererhöhmungen. Es wird eine einmalige Abfindungssumme in Höhe eines halbjährigen Monatsgehältes gefordert. Bezüglich der Erhebung der Umsatzen- und Rentenbankzinsen wurde verlangt, daß diese, wie auch in Hessen, Württemberg und Bayern, von den Hilfsklassen erledigt werden soll. Der Zusammenschluß der Hilfsklassenverwalters wurde zur Tatsache. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wieder gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Berdigung des Redakteurs Franz Wahl. Mittwoch nachmittag wurde unter der Teilnahme einer großen Trauergemeinde, in der man auch die Minister Dr. Köhler und Trunk, sowie den Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner und den Führer der Badischen Zentrumspartei, Dr. Schöfer bemerkte, der verlorene Redakteur des „Bad. Beobachters“ Franz Wahl zu Grabe getragen. Die kirchliche Handlung vollzog Stadtpfarrer Haungs von der Liebfrauentirche. Am Grabe wurden mehrere Kränze niedergelegt, so vom Verlag und der Redaktion des „Badischen Beobachters“, vom Verein Karlsruhe Presse, von der Redaktion der „Badischen Bodenbesetzung“, vom katholischen Männerverein der Südstadt. Am Grabe sprach u. a. der Prälat Dr. Schöfer namens der Badischen Zentrumspartei und der Landtagsfraktion. Auch durch seine Rede lang die hohe Wertschätzung, der sich der Berichtsbene als Mensch und Redakteur erfreute.

Seppelin-Gäner-Spende. Die mit der Durchführung der Haus- und Straßensammlung für die Seppelin-Gäner-Spende beauftragten Schulkinder sind durch gelb-rote Armbinden kenntlich gemacht. Die Sammlung geschieht mit verschlossenen Sammeltöpfchen. In der Hausammlung nehmen auch eine Anzahl Damen und Herren teil, die sich durch bescheidenliche Ausweise und Sammellisten ausweisen werden.

Einreiseerleichterungen in Frankreich am Totensonntag. Wie durch Habas mitgeteilt wird, werden deutschen Reichsangehörigen am Totensonntag die gleichen Erleichterungen zwecks Besuches von Gräbern Angehöriger auf dem französischen Gebiet zuteil werden, wie die am Allerheiligentag gewährten. An den Grenzstationen kann die Einreiseerlaubnis erteilt werden und gegen Vorlegung einer Identitätsbescheinigung der Ortsbehörde und einer Bescheinigung über den Zweck der Reise, falls der Reisende nicht vorher die Zeit gefunden haben sollte, einen Antrag beim zuständigen französischen Konsulat einzureichen.

Gefrierfleisch. Durch die gegenwärtige Teuerung ist vielen Familien eine ausreichende Ernährung nicht mehr gewährleistet. Dadurch entsteht die Gefahr einer erneuten Zunahme der Volkskrankheiten, besonders der Tuberkulose. Es ist daher jetzt Aufgabe jeder Hausfrau, mit den vorhandenen knappen Geldmitteln nur möglichst wertvolle Lebensmittel, eine möglichst große Zahl von Nährwerteinheiten, zu kaufen. Deshalb wird darauf hingewiesen, daß in dem Gefrierfleisch, das jetzt nachvollfreier Einfuhr überall fast zum halben Preis des frischen Fleisches zu haben ist, ein außerordentlich billiges Lebensmittel zur Verfügung steht. Nach Feststellungen der Nahrungs- und Genussmitteluntersuchungsanstalt Berlin, sowie nach Mitteilung der hiesigen Lebensmitteluntersuchungsstelle und der Schlachthofdirektion ist das Gefrierfleisch hinsichtlich seines Nährwertes nicht etwa minderwertiger als frisches Fleisch, sondern enthält infolge der Verdunstung von Wasser beim Einfrieren und Lagern sogar in 1 Kilogramm etwa 60-70 Gramm mehr Nährstoffe als Frischfleisch, ganz abgesehen davon, daß es in der Regel viel fetter ist. Auch die Vitamine (Vitamina) sind durch das Gefrieren nicht vermindert. Safferverlust wird durch Ansetzen mit kochendem Wasser vermieden. Das Gefrierfleisch wird zweckmäßig im Teller geholt, der fleischhaft wird der Suppe oder dem Beigut zugefügt, damit die in ihm enthaltenen Nährstoffe nicht verloren gehen. Das Vorurteil, das in manchen Kreisen gegen das ausländische Gefrierfleisch noch besteht, ist dadurch entfallen, daß bald nach dem Kriege unzweckmäßig behandeltes und zu altes Gefrierfleisch aus feindlichen Meeresbesätzen stammend, bei uns eingeführt wurde. Auch das gepökelte Rindfleisch, Wachsenfleisch oder Cornedbeef genannt, ist im Verhältnis zu seinem Nährwert sehr billig. Rügen wir die vorhandenen Möglichkeiten aus! Wir unterstützen dann auch die Preislenkungsbestrebungen der Regierung.

Badisches Landestheater. Die Proben zu Volkmar Andraes Oper in vier Akten „Abenteuer des Casanova“ sind bereits in vollem Gange. Zu dem interessanten und spannenden Werke ist ein großer Teil des Solopersonals des Landestheaters beschäftigt. Musikalische Leitung: Dr. Heinz Anoll, szenische Leitung: Otto Krauß. — Für Dienstag, den 17. November war ursprünglich „Don Pasquale“ vorgesehen, statt dessen muß aus pietätstheologischen Gründen „Gianni Schicchi“ und „Die schöne Galathea“ in Szene gehen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom 12. Nov., 8 Uhr vormittags. In Baden war es gestern meist bedeckt. Nur im Norden fielen vereinzelte ganz geringe Niederschläge. Die Mitteltemperatur lag 8 Grad unter dem Normalen. Ein kräftiges über Island erdrückendes neues Tief drängte den Kern des Hochdruckgebietes über die Ostsee, wo Frost und meist heftiger Wetter herrscht. Eine über Oberitalien lagernde Druckförmung ruft bei uns

raue Nordostwinde hervor. Die durch Gebirge zum Aufsteigen gezwungenen Kaltluftmassen bewirken Bewölkung, im Alpenvorland Niederschläge. Das rauhe Wetter wird morgen noch anhalten. Dann wird sich der Einfluß des westlichen Tiefdruckgebietes, dessen Aufgleitlinien über dem nordwestlichen Gebirge und an der isländischen Küste sich zeigen, langsam auch bei uns geltend machen. Wetterausichten für morgen: Noch Fortdauer der rauhen Witterung, meist trocken bei nur zeitweiser Auflockerung, lebhafter Nordostwinde.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 12. Nov. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den 25-jährigen Kaufmann Heinz Strehle aus Berlin wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis. Strehle hatte aus Anlaß der Reichspräsidentenwahl hier und in anderen Städten Gelder für den Reichsblat gesammelt und von den insgesamt 10 800 M. jedoch 5000 M. unterschlagen.

Bretten, 11. November. Der Verkehrsverband für die Kraichgaubahn beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung unter Leitung von Dr. Pfister mit den Mißständen auf der Kraichgaubahn, mit den mangelnden Anschlüssen an den Durchgangsverkehr, mit dem Wegfall der beiden beschleunigten Personenzüge, mit der Ablehnung des gewünschten Triebwagens. Außerdem wurde über die Verwahrlosung des Bahnhofs und über den trostlosen Zustand des breiteren Bahnhofs geflagt. All diese Klagen wurden in einer Eingabe an die Reichsbahndirektion Karlsruhe und Stuttgart zusammengefaßt.

D. J. Offenburg, 7. Nov. Die Stadt Offenburg wird das ihr gehörende Gerichtsgebäude zu einem Preise von 64 000 M. gegen Barzahlung an den badischen Staat verkaufen. Im Jahre 1921 hat der Staat versucht, das Gebäude zu erhalten, die Stadt hat aber wegen der Inflation den Verkauf abgelehnt. Mit den 64 000 Mark wird ein neues Gebäude für die Büro- und Lagerräume des städtischen Gaswerks errichtet werden.

D. J. Triberg, 11. Nov. Seitens der Stadtgemeinde ist beabsichtigt, die Gefallenen durch ein besonderes Denkmal zu ehren, das im Charakter und in der Platzwahl sich der Eigenart der Landschaft anpassen soll. Gedacht ist ein großes Kreuz mit kleiner Anlage auf dem hoch über der Stadt an der Vereinigung von Gutach und Schonachthal gelegenen Felsenpavillon ober an die Schaffung eines Naturdenkmals im Wasserfallgebiet.

D. J. Holzhausen (Amt Rehl), 11. Nov. 25. Auch in der hiesigen Gegend geht man daran, Gelände zur Feldbebauung zu gewinnen. So wurden auf den Domänenwiesen auf der Gemarkung Thomashaus viele Morgen Wiesenland durch einen Motorpflug umgebrochen. Im Frühjahr soll, wie man hört, Safer auf diese Flächen gesät werden.

D. J. Offingen (Schwarzwald), 11. Nov. Hier verstarb vor kurzem im Alter von 79 Jahren Alt-Bürgermeister Karl Kuster, Veteran des Feldzugs 1870/71, der eine Anzahl Ehrenämter bekleidete.

D. J. Bergheim am Berg (Pfalz), 11. Nov. Auf bis jetzt noch nicht geklärte Weise fand heute nach der in den 40er Jahren stehende Weinhandlung Paul Wenz, der Inhaber der früheren Schäferschen Weinwirtschaft, seinen Tod. Man fand ihn heute früh tot im Bette vor. Da die Leiche schwere Verletzungen aufwies, muß der Tod durch äußere Einwirkungen erfolgt sein. Untersuchung ist eingeleitet.

D. J. Wörth, 12. Nov. Die Besatzungsorgane haben die bisher beschlagnahmten Schulräume freigegeben. Anmehre wird wieder Volkunterricht erteilt. Sämtliche Schulräume werden zur Zeit unter großem Kostenaufwand vollständig neu hergerichtet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Nov.	11. Nov.		
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.83	169.25	168.79	169.11
Kopenhagen 100 Kr.	103.27	103.53	103.22	103.48
Italien . . . 100 L.	16.73	16.77	16.59	16.63
London . . . 1 Pf.	20.332	20.352	20.330	20.350
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	16.84	16.88	16.71	16.75
Schweiz . . . 100 Fr.	60.84	61.04	60.86	61.06
Wien 100 Schilling	59.11	59.25	59.12	59.26
Brag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.415	12.455

Zuteilung überall 100 Prozent
Karlsruher Börse (11. Nov.). Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die festeren auswärtigen Märkte werden angesichts der wachsenden finanziellen Schwierigkeiten wenig beachtet. Viel kritisiert sind die in den veränderten Vorschriften über Umsatsteuer begründeten Zuschläge der Mühlen ab 15. November 1925, die den sonstigen Kreisabbaumaßnahmen der vorgezeichneten Stellen direkt widerlaufen. Weizen, handelsüblich 24-24,5, Roggen, neue Ernte, gesund, handelsüblich 18,25-19, Sommergerste, neue Ernte 22 bis 26, Safer, ausländischer 20-22, inländischer, neue Ernte 18,75-19,5, Mais mit Safer, neue Ernte 19,5, Weizenmehl, Mühlenforderung 38-38,5, Roggenmehl, Mühlenforderung 27-27,5, Weizenfuttermehl, je nach Qual. 13,25 bis 13,75, Roggenfuttermehl, je nach Qual. 13,25-13,75, Weizenkleie 9,5-10, Roggenkleie 9,5-10, Spezialfabrikate entsprechend teurer, Viertreter 17,5-17,75, Malzkeime 15-15,5, Speisekartoffel, gelbfleischige 5,25-6, weißfleischige 4-5, rote 3,80-4,5. — Raufuttermittel: Rotes Wiesenheu, gut, gesund, trocken 7,25-7,75, Luzerne 8,75-9,25, Weizen-Roggenstroh, drabigepreß 4,25-5, alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Viertreter u. Malzkeime mit Getreide ohne Safer, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Wagonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. — Weine und Spirituosen: Infolge der sich wieder sehr stark bemerkbar machenden Geldnot verlief in matter Haltung bei gedrückten Preisen. — Mineralwässer: Kaffee, Tee und Kakao im Preise unverändert. Bismarck 0,42, Graubon 0,42, gelbe gepaltene Erbsen, neue 0,49, weiße ungar. Perlbohnen neue 0,88, neue Limfen, mittel 0,80, Kristallzucker 0,64, Salsolal 1,15, Schweinefett 1,95 G.M. alles per Kilo.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart beschloß mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage von der geplanten Kapitalerhöhung abzusehen, deren Ertrag größtenteils zur Deckung der Aufwendungen für umfangreiche bauliche Erneuerung und technische Betriebsverbesserungen in den Papierfabriken Salach und Wildbad bestimmt war. Da die Aufwendungen nun vollständig aus dem laufenden Betrieb bestritten werden müssen, soll von der Verteilung einer Dividende Abstand genommen werden.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an unserem schweren Verluste sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Luise Meythaler geb. Coblitz.
Dr. med. Fritz Meythaler.

Karlsruhe (Moltkestr. 15), den 12. Novbr. 1925.
Würzburg,

Badische Lichtspiele Konzertthaus

Aus Anlaß der Zeppelin-Woche
Z. R. III

Eine Großtat deutschen Geistes

Film u. nur Naturfarbenbilder v. der Amerika-
fahrt mit erläuterndem Vortrag des Herrn
Kapitän Anton Wittmann

Navigationsoffizier während der Ozeanfahrt

Freitag, den 13., Samstag, den 14., Montag,
den 15., Mittwoch, den 18. und Donnerstag,
den 19. November, jeweils abends 8 Uhr

Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Sonntag, den 15. November nur 1/4 Uhr nachm.

Preise: Mark 1.80, 1.60, 1.30, 1.— und 0.80

Zu Gunsten der Zeppelin-Eckener-Spende
wird auf diese Preise bei jeder Karte ein
Zuschlag von Mk. 0.10 erhoben. Außerdem
geht ein erheblicher Teil der Einnahmen
zur Spende

Vorverkauf: **889**

Musikhaus **Müller**, Kaiserstraße

Zeppelin-Eckener-Woche in Karlsruhe

vom 12. bis 19. November 1925

Am 12. November wird der Führer des
Amerikaluftschiffes

Dr.-Ing.h.c. Hugo Eckener

im großen Saal der Festhalle sprechen.

Vorverkaufsstellen: Mittelstadt: Reise- und Sport-
haus Eduard Müller, Waldstr. 45; Zigarrenhaus
Heinrich Tisch, Amalienstr. 14b. Südstadt:
J. Schneyer, Kaufhaus, Werderplatz. Oststadt:
J. Schneyer, Filiale, Kaiserstr. 59. Weststadt:
Zigarrenhaus Carl Riedling, Kaiserallee 31.
Mühlburg: J. Schneyer, Filiale, Rheinstraße 48.

Zeppelin-Eckener-Woche in Karlsruhe

Am Sonntag, den 15. November findet ein

Kinderballon-Wettbewerb

statt. Zur Teilnahme berechtigt eine Zep-
pelinkarte, die in den unten angeführten
Geschäften zum Preise von 50 Pf. erhältlich ist

Mittelstadt: Reise- und Sporthaus Eduard
Müller, Waldstr. 45; Zigarrenhaus H.ch.
Tisch, Amalienstraße 14b; Südstadt: J.
Schneyer, Kaufhaus, Werderplatz; Ost-
stadt: J. Schneyer, Filiale, Kaiserstr. 59;
Weststadt: Zigarrenhaus Carl Riedling,
Kaiser-Allee 31; Mühlburg: J. Schneyer,
Filiale Rheinstraße 48. **888**

Die Stelle der
Kelterin des Städt. Kinderorts
in Baden-Baden ist zum 1. Dezember ds. J. neu zu
besetzen.

Die Anstellung erfolgt vertragsmäßig nach Gruppe V
des Tarifs für Behördenangestellte. Fachliche Aus-
bildung Bedingung. **886**

Gewerbungen mit Lebenslauf und lückenlosen Zeug-
nisabschriften sind bis spätestens 20. ds. Mts. hierher
einzureichen.

Baden-Baden, den 9. November 1925.
Stadtsjugendamt.

Suche reellen Abnehmer für Schlacht- geflügel aller Art

**Kaninchen und Wild-
vögel, Putzer.** **894**

Anton Zembrod

Ohrsch., Hohenzollern.

886. Bretten. Über
das Vermögen der Firma
Günter u. Huber, G. m. b. H.
in Bretten wurde heute am
10. November 1925, vor-
mittags 11 Uhr, das Kon-
kursverfahren eröffnet.

Herr Kaufmann Karl
Burger in Bretten ist zum
Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind
bis zum 1. Dezember 1925
bei dem Gerichte anzu-
melden.

Es ist Termin anbe-
raunt vor dem diesseiti-
gen Gerichte zur Be-
schlußfassung über die
Beibehaltung des ermann-
ten oder die Wahl eines
andern Verwalters, sowie
über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und
eintretendenfalls über die
in § 132 der Konkursor-
dnung bezeichneten Gegen-
stände, und zur Prüfung
der angemeldeten Forder-
ungen auf

Dienstag, 8. Dezbr. 1925,
vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche
eine zur Konkursmasse ge-
hörige Sache in Besitz ha-
ben oder zur Konkurs-
masse etwas schuldig sind,
wird aufgegeben, nichts
an den Gemeinschuldner zu
berathen oder zu leisten,
auch die Verpflichtung
aufzulegen, von dem
Besitze der Sache und von
den Forderungen, für welche
sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in
Anspruch nehmen, dem
Konkursverwalter bis zum
1. Dezember 1925 Anzeige
zu machen.

Bretten, 10. Nov. 1925.
Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

888. Rastatt. Über das
Vermögen des Friedrich
Barth, Inhaber des Stall-
werts Kuppenheim, wohn-
haft in Rastatt, wurde
heute mittags 12 Uhr das
Konkursverfahren eröffnet.
Konkursverwalter ist Rechts-
anwalt Jitsch in Rastatt.
Erste Gläubigerversamm-
lung und Prüfungstermin
am 7. Dezember 1925 vor-
mittags 9 Uhr. Anmelde-
frist, offener Arrest und
Anzeigefrist bis 1. Dezem-
ber 1925.

Rastatt, 10. Nov. 1925.
Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

880. Sinsheim. In dem
Konkursverfahren über das
Vermögen des Kaufmanns
Carl Wilhelm Seufert in
Sinsheim, Inhaber der
Firma Carl Seufert in
Sinsheim, wird eine Gläu-
bigerversammlung auf
Mittwoch, 25. Nov. 1925,
vormittags 10 Uhr einbe-
rufen zur Beschlußfassung
über die Schließung des
Geschäfts, den freihän-
digen Verkauf des Sausan-
wesens und Prüfung einer
nachträglich angemel-
deten Forderung.

Sinsheim, 9. Nov. 1925.
Bad. Amtsgericht.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Reichs- vermögenssteuer 1925 und die badische Gewerbesteuer 1925.

I. Reichsvermögenssteuer.

A. Zur Abgabe einer Erklärung über ihr gesamtes
steuerpflichtiges Vermögen sind verpflichtet: **895**

1. alle natürlichen Personen (Deutsche und Nicht-
deutsche), die im Bezirk des unterzeichneten Fi-
nanzamts entweder ihren Wohnsitz haben oder
sich im Reichsgebiet mehr als sechs Monate auf-
halten, wenn sie bei Beginn des 1. Januar 1925
entweder

a) ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen (in- und
ausländisches Vermögen) im Werte von mehr
als 5000 RM besaßen haben oder

b) inländisches landwirtschaftliches, forstwirtschaft-
liches oder gärtnerisches Vermögen oder inländi-
sches Grundvermögen besaßen haben oder

c) inländisches Betriebsvermögen im Werte von
mehr als 5000 RM besaßen haben;

2. a) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf
Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbaureibende
rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige
Vergewerkschaften, Gesellschaften mit beschränk-
ter Haftung, Genossenschaften, Versicherungs-
vereine auf Gegenseitigkeit, Hypothekendarlehen,
Schiffsbesitzungsvereine,

b) rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine, An-
stalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und
sonstige nicht unter a) fallende Körperschaften
des bürgerlichen Rechts,

c) offene Handelsgesellschaften und Kommandit-
gesellschaften,

d) Kreditanstalten des öffentlichen Rechts,
wenn der Sitz oder der Ort der Leitung im Bezirk
des unterzeichneten Finanzamts liegt.

B. Zur Abgabe einer Erklärung über das im Bezirk
des unterzeichneten Finanzamts belegene landwirt-
schaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Ver-
mögen, Betriebsvermögen und Grundvermögen sind
ohne Rücksicht auf den Wert dieses Vermögens ver-
pflichtet:

1. alle natürlichen Personen, die im Deutschen Reich
weber ihren Wohnsitz haben noch sich mehr als
6 Monate aufhalten;

2. alle Körperschaften, Personenvereinigungen, Ver-
mögensmassen, Gesellschaften und Anstalten,
deren Sitz und Ort der Leitung im Ausland
liegen.

II. Badische Gewerbesteuer.

Zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung sind ver-
pflichtet:

Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz,
Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung die natürlichen
Personen, die juristischen Personen des öffentlichen
Rechts und des bürgerlichen Rechts die nichtrechtsfähigen Ver-
eine, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, offenen
Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften so-
wie die Zweckvermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
die am 1. Januar 1925 (Stichtag) ein steuerpflichtiges
Gewerbe im Sinne des Grund- und Gewerbesteuer-
gesetzes in Baden ausgeübt und ein steuerbares Ver-
triebsvermögen von mindestens 2000 RM gehabt haben.
Steuerpflichtig ist der Betrieb der Land- und Forst-
wirtschaft, des Bergbaus und des stehenden Gewerbes.
Die Ausübung einer künstlerischen, wissenschaftlichen,
schriftstellerischen, unterrichtenden, erziehenden oder
sonstigen freien Berufstätigkeit gilt als Gewerbe-
betrieb nur insoweit, als damit ein mit besonderen
Einrichtungen oder Anlagen verbundener Geschäfts-
betrieb verknüpft ist.

Steuerpflichtig ist der Unternehmer, d. h. derjenige,
auf dessen Rechnung der Betrieb geht.

Zur Abgabe einer Gewerbesteuererklärung sind auch
Personen verpflichtet, für welche die Voraussetzungen
der gewerblichen Besteuerung zwischen dem 31. De-
zember 1923 und dem 1. Januar 1925 entstanden sind
und geendet haben. Maßgebend ist in diesen Fällen
der Stand der Verhältnisse am ersten des Monats,
der auf den Beginn des Gewerbebetriebs folgt.

Bisher steuerpflichtige Personen, die zur Abgabe
einer Gewerbesteuererklärung keine Verpflichtung
haben, sind befugt, innerhalb der nachstehend bezeich-
neten Frist gegebenenfalls um ihre gänzliche Entfer-
nung aus der Steuerliste nachzusuchen. Das Gleiche
gilt für Anträge in bezug auf das Grundvermögen;
diese Anträge sind jedoch bei dem Finanzamt zu stellen,
in dessen Bezirk das Grundvermögen liegt. Anträgen
auf Verabfolgung der Steuerwerte des Grundvermö-
gens lediglich mit Rücksicht auf die allgemeine ver-
schlechterten Verhältnisse kann nach den be-
stehenden gesetzlichen Bestimmungen keine Folge ge-
geben werden.

III. Gemeinames.

A. Die hiernach zur Abgabe von Steuererklärungen
Verpflichteten werden aufgefordert, die Erklärungen
unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke in der
Zeit vom 20. November bis 15. Dezember 1925 bei
dem zuständigen Finanzamt einzureichen. Vordrucke
für die Erklärungen können vom 16. November ab
von dem Finanzamt bezogen werden. Die Erklärun-
gen sind schriftlich (zweckmäßigerweise eingeschrieben)
einzureichen oder mündlich vor dem zuständigen Fi-
nanzamt (Kreuzstraße 11a bzw. Müppurstraße 3a)
vormittags 9—12 Uhr abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Erklärungen ist vom
Empfang eines Vordrucks nicht abhängig.

Die Abgabe der Erklärungen bei dem unterzeich-
neten Finanzamt ist nicht erforderlich, sofern die unter
1 und II bezeichneten natürlichen Personen, Körper-
schaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen,
Gesellschaften und Anstalten die Erklärungen bei einem
anderen Finanzamt bereits abgegeben haben und dies
dem unterzeichneten Finanzamt mitteilen.

B. Wird die Frist zur Abgabe der Erklärungen nicht
eingehalten, so kann jeweils ein Zuschlag bis zu 10
v. H. des zur Erhebung gelangenden Steuerbetrages
festgesetzt werden. Die Abgabe der Erklärungen kann
durch Geldstrafe erzwungen werden. Wer aus Vor-
satz oder Fahrlässigkeit unrichtige oder unvollkommene
Angaben über sein steuerpflichtiges Vermögen macht
oder durch Nichtabgabe einer Erklärung steuerpflich-
tiges Vermögen verschweigt, setzt sich schweren Strafen
aus.

Karlsruhe, den 11. November 1925.
Die Finanzämter Stadt und Land.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche bei.

Nachdem bei 2 Rindern der Firma Güterbäckerei
Berner & Gärtner hier, Müppurstraße 104, Maul-
und Klauenseuche festgestellt worden ist, werden fol-
gende Anordnungen getroffen: **896**

a) Sperrbezirk.
Das verseuchte Gehöft bildet einen Sperrbezirk im
Sinne der §§ 161—166 der Ausführungsvorschriften
zum Reichsviehseuchengesetz mit den sich hieraus er-
gebenden Wirkungen.

b) Beobachtungsgebiet.
Der durch die Gittinger-, Rebenius- und Kottedtrois
begrenzte Teil der Südstadt wird mit den sich aus
§ 166 der Ausführungsvorschriften zum Reichsvieh-
seuchengesetz ergebenden Wirkungen als Beobachtungs-
gebiet bestimmt.

c) 15 km-Umkreis.
Bezüglich des 15 km-Umkreises verweisen wir auf
die anlässlich des Ausbruchs der Maul- und Klauen-
seuche im Stalle des Karl Weisch in Karlsruhe-Müppur,
Müppurstr. 17, unterm 6. November ds. J. ge-
nommenen getroffenen Anordnungen.

Karlsruhe, den 11. November 1925. O.-Z. 172
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Aufgebot.

891. 2. 1. Eppingen.
Die August Mary Ehe-
frau, Pauline geb. Dieter
in Riehen hat beantragt,
den verstorbenen Schmidt
Heinrich Gebhard, geb. am
17. September 1847 in
Riehen, an unbekanntem
Orten abwesend, zuletzt
wohnhaft in Riehen, für
tot zu erklären.

Der bezeichnete Ver-
schollene wird aufgefor-
dert, sich spätestens in dem
auf

Dienstag, 8. Juni 1926,
vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten
Gericht abzurufen und
widerfalls die Todes-
erklärung erfolgen wird.

An alle, welche Aus-
kunft über Leben oder
Tod des Verschollenen zu
erteilen vermögen, ergeht
die Aufforderung, späte-
stens in dem aufgeführten
Termin dem Gericht Anzeige
zu machen.

Eppingen, 6. Nov. 1925.
Bad. Amtsgericht.

899. Wahl. In dem
Konkursverfahren über das
Vermögen des Oskar Müller,
Mechanikermessiers Wühl,
wurde Termin zur Prüfung
der nachträglich angemel-
deten Forderungen bestimmt
auf Samstag, den 28. No-
vember 1925, vormittags
10 Uhr.

Wühl, 6. November 1925.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

887. Offenburg. Über
das Vermögen der Firma
Alfred Dreier, Fahrrad- und
Kraftfahrzeug-Zubehörfabrik
Großvertrieb Offenburg,
wurde heute am 10. No-
vember 1925, nachmittags
7 Uhr, das Konkursverfah-
ren eröffnet.

Der Diplombauingenieur
Wilhelm Hügger in Offen-
burg wurde zum Konkurs-
verwalter ernannt.

Konkursforderungen sind
bis zum 4. Dezember 1925
bei dem Gerichte anzu-
melden.

ES wird Termin anberaumt
vordem diesseitigen Gerichte
zur Beschlußfassung über
die Beibehaltung des er-
nannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters,
sowie über die Bestellung
eines Gläubigerausschusses
und eintretenden Falls
über die in § 132 der Kon-
kursordnung bezeichneten
Gegenstände und zur Prü-
fung der angemeldeten For-
derungen auf

Freitag, 11. Dezember 1925,
nachmittags 5 Uhr.

Allen Personen, welche
eine zur Konkursmasse ge-
hörige Sache in Besitz haben
oder zur Konkursmasse
etwas schuldig sind, wird auf-
gegeben, nichts an den Ge-
meinschuldner zu verab-
sorgen oder zu leisten, auch die
Verpflichtung aufzulegen,
von dem Besitze der Sache
und von den Forderungen,
für welche sie aus der
Sache abgesonderte Befrie-
digung in Anspruch neh-
men, dem Konkursverwalter
bis zum 4. Dezember
1925 Anzeige zu machen.
Offenburg, 10. Nov. 1925.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

890. Wertheim. Über
das Vermögen der Firma
Georg Hörner, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
in Rembach wurde heute
vorm. 9 Uhr das Kon-

kursverfahren eröffnet, da
dieselbe wegen Überschul-
dung ihre Zahlungen ein-
gestellt hat. Rechtsanwalt
Schubert in Wertheim ist
zum Konkursverwalter er-
nannt. Anmeldefrist bis
9. Dezember 1925. Gläu-
bigerversammlung ist am
Montag, 14. Dez. 1925,
vormittags 9 Uhr. Prü-
fungstermin am Donner-
stag, 17. Dezember 1925,
vormittags 9 Uhr. Offen-
burger Arrest und Anzeigef-
rist bis zum 9. Dezem-
ber 1925.

Wertheim, 11. Nov. 1925.
Badisches Amtsgericht.

Jagd - Versteigerung.

Die Gemeinde Weihen-
heim, Amt Rahr, verpachtet
am Donnerstag, den 26. No-
vember 1925, nachmittags
4 Uhr, auf dem Rathaus
im Wege der Versteigerung
die Gemeinbejagd Mithel
II, bestehend in 337 Hektar
Feld- und Waldjagd auf
die Dauer von sechs Jahren,
d. h. vom 1. Februar 1926
bis 31. Januar 1932.

Als Bieter wird nur zu-
gelassen, wer im Besitz
eines Jagdpasses sich be-
findet, oder aber die per-
sönliche Gewähr für die
Erteilung eines solchen
bietet. **887**

Bedingungen können in-
zwischen auf dem Rathaus
eingesehen werden.

Weihenheim, 7. Nov. 1925.
Gemeindevorstand:
Fischer, Bürgermeister.

Abbruch des prov. Auf-
nahmegelüdes im Bahnh-
hof Forzheim gegen Über-
lassung des Materials öf-
fentlich zu vergeben. Zeich-
nungen und Bedingungen
liegen hier Hochbaubüro
Krausenhof und Bau-
büro Forzheim zur Ein-
sicht auf. Angebote ver-
schlossen, portofrei und mit
Aufschrift bis Samstag,
den 21. ds. Mts., vormit-
tags 10 Uhr, bei mir ein-
zureichen. **893**

Karlsruhe, 10. Nov. 1925.
Vorstand der Bahnbau-
inspektion II.

Metallbetten

Kinderbett, Stahlmatr., glänzt
an Privat. Katalog 1131 frei.
Eisenmöbelfabrik Sahl (Zell).

Badisches Landestheater

Freitag, 13. November 1925
D 7. 24. Gem. 201—400

Kapitän Braßbouds Befehlung

Ein Abenteuer in drei Akten
von Bernard Shaw
In Szene gesetzt von R. Wolfner

Personen:
Sir Holward
Lady Evelyn
Brayboud
Ranlin
Drinkwater
Johnson
Redbrook
Gaffan
Rango
Osmun
Riley
Sidi el Kiffi
Der Kabi
Keatney
Blaujagd
Anfang 7 1/2
Sperrig I. M. 520

Sidi
Ermarth
Baumbach
Peller
Müller
Gemmelt
Dr. Stern
Schneider
Brann
Hoff
Dennis
Zeitig
Sey
Jed
Kienjäger
Ende 10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10